

jeder Kommunist auch zugleich als guter Tschekist erweisen muß. Ganz in diesem Sinne ist diese Unterweisung, die in allen Schulungsprogrammen der Parteischulen, der Kreisparteischulen aus gutem Grund nicht zu finden ist, enthalten.

Auf der anderen Seite betrachteten die operativen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, betrachtete die Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit das offizielle Zusammenwirken immer im Kontext mit der konspirativen Sphäre natürlich, aber das offizielle Zusammenwirken mit den Leitern staatlicher Institutionen, insbesondere sensitiver Bereiche, mit den Kommandeuren der Truppenteile der Nationalen Volksarmee, mit den Leitern der Volkspolizei, Kreisämtern und der Bezirksbehörden der Volkspolizei und mit anderen Leitern sensitiver Bereiche der Gesellschaft der DDR als ein Wirkungselement, als ein Wesenselement, das auch bestimmten Regeln unterlag, die in Koordination mit den operativen Wirkungsmöglichkeiten genutzt wurden. Und es wäre wirklich verfrüht, aus dem Umstand, daß der für ein wichtiges Objekt, nehmen wir mal das hier heute genannte Kernkraftwerk Greifswald, zuständige Mitarbeiter der Staatssicherheit unter der Referatseite Abwehr regelmäßig den Generaldirektor des Werkes aufgesucht hat, schon zu schlußfolgern, dann ist er mit hoher Wahrscheinlichkeit inoffizieller Mitarbeiter gewesen. Das muß er nicht gewesen sein, es war in sehr vielen Fällen, ich spreche hier aus meiner eigenen Praxis, als Abwehrmitarbeiter vor 1975, es war sogar eine goldene Regel, daß man sagte, wenn nicht konkrete operative Umstände, konkrete Verbindungen etwas anderes geboten, daß man diesen Mann, den staatlichen Leiter nicht anzuwerben braucht, weil er ja ohnehin gehalten ist, aufgrund seiner Funktion dem MfS alles Wissenswerte mitzuteilen und umgekehrt, das Ministerium für Staatssicherheit diese Funktion auch nutzen kann, um im Sinne operativer Vorhaben Einfluß auf bestimmte Entwicklungen im Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Leiters zu geben. Ja, das hat mir noch am Herzen gelegen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Gesprächsleiter Martin Gutzeit: Vielen Dank, Herr Dr. Busch. Wir sind jetzt zeitlich ziemlich weit vorangeschritten. Es hatten sich drei Mitglieder der Enquete-Kommission zu Wort gemeldet. Es ist jetzt abgesprochen worden, daß nun erst mal kurz fünf Minuten Pause gemacht wird und dann die Anhörung der anderen Zeitzeugen fortgesetzt wird. Eine Fragerunde können wir aus Zeitgründen erst am Schluß dieser zweiten Befragungsrunde machen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben ja nun in der ersten Anhörungsrunde mit den Zeitzeugen und Experten hauptsächlich über die inoffiziellen Mitarbeiter gesprochen. Es soll jetzt in der darauffolgenden Runde mehr um die Akten selbst gehen, um die operativen Vorgänge oder die Vorstufe dazu, die operative Personenkontrolle. Es hat sich, was die personelle Zusammensetzung der Experten betrifft, eine Veränderung ergeben:

Roland Jahn hat kurzfristig abgesagt, auch Herbert Mislitz hat abgesagt. Dafür hat kurzfristig Herr Bernhardt Simon zugesagt, sich hier auch noch als Zeitzeuge zu äußern. Somit hätten wir jetzt noch fünf Beiträge, wovon vier der hier zu befragenden Experten und Zeitzeugen einen eigenen operativen Vorgang haben, und es würde erst einmal darum gehen, was das eigentlich ist und daß das auch keine zufällige Angelegenheit ist, sondern eine sehr systematische. Wer darüber hinaus vielleicht noch mal ein Beispiel sehen will, der kann sich den „Spiegel spezial“ kaufen, da sind große Auszüge oder eine ganze Reihe von interessanten Details aus einem operativen Vorgang abgedruckt und kommentiert von Wolfgang Templin, dem Bürgerrechtler und Oppositionellen. Wir werden das in dieser Ausführlichkeit natürlich hier nicht machen können. Ich bitte jetzt Reinhard Schult um sein Wort, lange Jahre ein Vertreter der ostdeutschen Opposition in vielen verschiedenen Gruppen, Mitbegründer des Neuen Forums, jetzt Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

Reinhard Schult: Operative Personenkontrolle, operative Vorgänge zu erklären, ist nicht allzu schwierig. Operative Personenkontrolle ist nicht automatisch ein Vorläufer zum operativen Vorgang. In der HVA waren operative Personenkontrollen auch oftmals IM-Vorläufe. Operative Personenkontrollen dienen in erster Linie zur Aufklärung der zu bearbeitenden Person. Und hier, denke ich, ist vielleicht auch in der Sprache schon mal wichtig, dieses dualistische Opfer-Täter-Schema zu durchbrechen.

Es gab, neben den Leuten, die als Gegner eingestuft worden sind und dann in operativen Vorgängen bearbeitet wurden, eine große Anzahl von Personen, die einfach erst mal nur erfaßt worden sind, wo man die politische Zielrichtung versucht hatte aufzuklären, weil sie in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen tätig waren, neben den Leuten, die dann als inoffizielle Mitarbeiter tatsächlich als Täter tätig waren.

Operative Personenkontrollen mußten auch nicht in jedem Fall, wie es bei operativen Vorgängen war, einen Decknamen haben. Es kam auch öfter vor, daß diese OPKs einfach mit dem Nachnamen bezeichnet worden sind. Meine operative Personenkontrolle hieß einfach OPK Schult. Sie wurde im Mai 1978 angelegt und hatte zwei konkrete Aufgaben. Erstens, das Feststellen, ob wieder ein illegaler Regionalkreis der Bausoldaten in der Hauptstadt der DDR existiert und welche Rolle Schult innerhalb dieses Regionalkreises spielt. Und zweitens, welche Rolle spielt Schult innerhalb des Ev. Männerwerkes bei der Organisierung und Instruierung der Bausoldaten? Diese operative Personenkontrolle war ein Mittelding zwischen den beiden operativen Vorgängen. Der erste wurde 1977 angelegt von der Hauptabteilung I, das war die Abteilung, die die Armee zu durchdringen und zu kontrollieren hatte. Ich war selber dort als Bausoldat im Dienst. Und dieser operative Vorgang hatte auch nicht nur meine Person, sondern eine zweite Person als Bearbeitungsperson vor sich. Dieses ist nicht unüblich. Es gibt viele

operative Vorgänge, in denen gleichzeitig mehrere Personen bearbeitet werden, wie in diesem. Operative Vorgänge wurden immer eingeleitet von der Staatssicherheit, wenn sie den Verdacht von konkreten Straftaten gefaßt hatte und hatten in der Regel das Ziel, den Nachweis dieses Anfangsverdachts zu erarbeiten und, wenn möglich, zur Festnahme zu führen. Dieser erste operative Vorgang vom Oktober 1977 hatte den Decknamen „Ketzer“. Er bearbeitete zwei Personen aus der Bausoldatengruppe, die damals bei Königswusterhausen dienten. Insgesamt bestand die Gruppe aus zehn Leuten. Da innerhalb dieser Gruppe kein inoffizieller Mitarbeiter drin war und auch nicht angeworben werden konnte, nahm man als Hilfsmittel die Postzielfahndung, das hieß die Postkontrolle, da die Gruppe regen Postverkehr zu anderen Bausoldaten hatte.

Gleichzeitig realisierte man eine 26b-Maßnahme, das hieß Abhören der Gruppe mittels Wanze. Die Gruppe traf sich einmal in der Woche in dem Keller des Heizhauses des Armeeobjektes zu gemeinsamen Gesprächen und einer gemeinsamen Andacht. Und innerhalb der Akte sind die gesamten Versammlungen dort protokolliert über die Wanze, die man in diesen Heizhauskeller einbaute.

Gleichzeitig versuchte man, um die Gruppe besser kontrollieren zu können bzw. mehr über die Planungen in Erfahrung zu bringen, einen anderen Bausoldaten, der in einer anderen Stadt stationiert war, unter einer Legende, die hieß, daß er die Bibliothek des Objektes in Ordnung zu bringen hat, so in Abständen von allen drei/vier Monaten zu uns hinzugesellen, der also die spezielle Aufgabe hatte, uns zu überwachen. Diese Einführung des IM wurde mit Hilfe des Stabskommandanten realisiert. Der Stabskommandant dieses Objektes war neben seiner offiziellen Tätigkeit bei der NVA gleichzeitig HFIM (hauptamtlicher führungsinoffizieller Mitarbeiter), der dafür zuständig war, auch die IMS innerhalb des Objektes anzuleiten. Ich halte es einfach auch noch mal für wichtig, dies zu erwähnen, weil ja immer wieder die Diskussion aufkommt, daß Leute in führenden Positionen sowieso mit der Staatssicherheit reden mußten und dort Kontakte hatten. Die Staatssicherheit hat sich sehr wohl noch mal extra dieser Personen auch in den Führungskreisen versichert und sie verpflichtet, konkrete Aufgaben innerhalb des MfS zu übernehmen, sie also nicht nur nach Personen auszufragen, sondern auch konkret einzusetzen.

Dieser erste operative Vorgang wurde im April 1978 beendet. Die Beendigung wurde so begründet, daß aus strafpolitischen Erwägungen, die darin bestehen, daß z. B. die Autoren der genannten Schriften – wir haben damals verschiedene Texte von Kunze, Biermann, Fuchs vervielfältigt, verteilt und auch verschickt, haben Briefe an die Bausoldatengruppen geschickt und verteilt, mit negativ-feindlichem Charakter bisher seitens der Sicherheits- und Justizorgane der DDR nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurden oder da Schult und Kästner, der zweite Mann, ihren tatsächlichen, auf die Schaffung eines

politischen Untergrundes gerichteten Aktivitäten mit religiösen Tun und gegenwärtig eine Konfrontation mit Kirchenkreisen politisch nicht vertretbar ist sowie die Tatsache, daß für die Erfüllung des Tatbestandes notwendige Beweise ausschließlich inoffizieller und damit nicht verwertbarer Natur sind, wird von einer Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gemäß Paragraph 106 (staatsfeindliche Hetze), abgesehen.

Diese erwähnte operative Personenkontrolle zur weiteren Aufklärung der Tätigkeit im zivilen Bereich, führte dann zu einem nächsten operativen Vorgang, der im Februar 1979 unter dem Decknamen „Leithammel“ eröffnet wurde mit der Zielstellung, erstens den Nachweis zu erbringen, daß hier staatsfeindliche Handlungen nach den Paragraphen: verfassungsfeindlicher Zusammenschluß, Geheimnisverrat, feindliche Verbindungen und staatsfeindliche Hetze, etc. getätigt worden sind.

Weiteres Ziel: Einschränkung seiner Wirksamkeit, also Schult als Rädelsführer bereits im Verlauf und Bearbeitung des OV's auszuschalten, Beseitigung begünstigender Bedingungen für den Mißbrauch kirchlicher Gruppen. Das geschieht durch gezielten IM-Einsatz, Nutzung der offiziellen Kontakte zu kirchlichen Stellen, Möglichkeiten bestimmter staatlicher Stellen. Drittens: Die differenzierten Reaktionen kirchlicher Kreise auf die negativen Handlungen des Schult sind zu nutzen, um Schult innerhalb der Kirche zu isolieren, damit sich die Kirche bei einer evtl. nötigen Festnahme des Schult von ihm distanziert. Die nötigen Maßnahmen der Koordinierung waren die Heranziehung der Akten von der Hauptabteilung I an die Hauptabteilung XX/4, die vorhin schon beschrieben worden ist. Der Versuch der Differenzierung innerhalb dieser Berliner Regionalgruppe der Bausoldaten zwischen dem ev. Männerwerk und uns in Zusammenarbeit mit der Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder, um dort weitere IMs mit heranzuführen. Und die Zusammenarbeit mit der Kreisdienststelle Friedrichshain, die ebenfalls einen HFIM in ihren Diensten hatte. Hier wurde festgelegt, daß mit dem Führungsoffizier eine Absprache stattfand.

Darin sollte der IM wie folgt instruiert werden:

Erstens, sachliches und parteiliches Auftreten gegen Schult, negativem Wirken des Schult im Klassenelternaktiv entgegentreten, prüfen, ob ein Aufzeichnungsbuch für das Elternaktiv existiert, wenn nicht, ein solches einführen, aufklären, wer die anderen Mitglieder des Elternaktives sind und diese einschätzen. Aus diesem Elternaktiv soll ein weiterer IM geworben werden mit der Zielstellung, daß dieser das Vertrauen des Schult gewinnt.

Dazu der Einsatz von vier weiteren IMs, die konkret in verschiedenen Bereichen eingesetzt werden sollten. Darunter ein Pfarrer, der damals Leiter der berufstätigen Jugend war und der in einem speziellen Vertrauensverhältnis zu uns stand. Weitere Maßnahmen waren Personenkontrolle des Schult zu besonderen Anlässen, wie z. B. Pfingsten 1979. Das hieß, gezielte Personenkontrolle über die im kirchlichen Raum eingesetzten IMs und mit der Abteilung XVIII, das

war die Abteilung, die die Volkswirtschaft bearbeitete, ist ein diesbezügliches Koordinierungsgespräch zu führen, um eine Personenkontrolle des Schult bei besonderen Anlässen am Arbeitsplatz einzuleiten. Dies sah konkret so aus: Begleitung von mehreren Fahrzeugen, Begleitung auf der Straße, tagelange Kontrollen jeweils an sog. gesellschaftlichen Höhepunkten.

Die Festnahme – dieser OV wurde mit der Festnahme abgeschlossen – fand dann am 13. August 1979 statt. Anklagepunkte waren nicht die vorgesehenen des operativen Vorganges, sondern „öffentliche Herabwürdigung“ und Beihilfe zur Republikflucht. Eingesetzt zu diesem Zeitpunkt war ein inoffizieller Mitarbeiter aus dem Betriebsbereich, der die ersten Zeugenaussagen vor der Festnahme und damit auch die ersten Beweismittel lieferte, die zum Haftbefehl ausreichten. Während der Haftzeit verschaffte sich die Staatssicherheit über die Wohnung von einem Freund von mir über konspirative Aktionen die Wohnungsschlüssel und führte zumindest in einem Fall eine konspirative Hausdurchsuchung durch. Sie besorgte sich über Kontaktleute die Wohnungsschlüssel meiner Mutter, die als Deckperson eingeschätzt worden ist und versuchte durch gezielten Druck noch Anwerbungen innerhalb des damaligen Friedenskreises, sog. Zersetzungsmaßnahmen, einzuleiten, die u. a. den Verdacht aufbringen sollten, daß ich inzwischen selber für die Staatssicherheit arbeiten würde oder daß andere inzwischen denunziert hätten. Zielrichtung war, den Kreis zu zerschlagen.

Die Inhaftierung endete mit acht Monaten Verurteilung in Haft. Nach der Haftentlassung wurde versucht, über den Betrieb eine Kündigung einzuleiten, da man versäumt hatte, das DDR-Arbeitsgesetzbuch anzuwenden, was seit 1979 die Möglichkeit festgeschrieben hatte, bei grober Vernachlässigung staatsbürgerlicher Pflichten mit fristlosen Entlassungen zu reagieren. Dies hatte man vergessen oder unterlassen. Ich wurde also nach der Haft im selben Betrieb arbeitend zu einer Reihenuntersuchung zum Betriebsarzt vorgeladen, der mich kurz untersuchte, feststellte, daß ich für meinen Beruf völlig untauglich wäre und ich mich sofort bei der Kaderabteilung melden müßte.

Die Kaderabteilung wußte schon Bescheid, man sagte, ich müsse sofort meinen Beruf aufgeben, man könne mir aber keine vernünftige andere Stelle bieten, höchstens einen Vier-Schicht-Dienst-Job mit weniger Geld und ich hätte jetzt die Alternative, mich innerhalb dieser halben Stunde zu entscheiden, entweder die neue Arbeit oder Kündigung aus dem Betrieb. Im Bunde waren hier die Betriebsärztin, die als inoffizielle Mitarbeiterin arbeitete und die als Kaderleiterin sowieso instruierte Frau.

Nach meiner Intervention, dann doch noch zur Betriebspoliklinik hinzugehen, wo auch andere Ärzte waren und mich noch mal röntgen zu lassen – ich habe dann selber dort die Röntgenplatten entwendet und mir unabhängige Gutachten schreiben lassen – verlief die Aktion im Sande. Man verzichtete dann auf weitere Versuche, mich aus dem Betrieb zu entfernen.

Anfang 1980 ist dann in diesem Zusammenhang der nächste operative Vorgang ebenfalls wegen verfassungsfeindlichem Zusammenschluß und staatsfeindlicher Hetze eröffnet worden, diesmal unter dem Decknamen „Pazifist“. Maßnahmen waren Warnungen durch mir bekannte Personen, nicht wieder straffällig zu werden. Ab 1983 verhängte Reisesperre ins Ausland, konspirative Hausdurchsuchung und gezielte Einschleusung von inoffiziellen Mitarbeitern über jahrelange Blickfeldarbeit, wie man das in ihrem Jargon sagte. Blickfeldarbeit hieß, eine Person ins Umfeld so in die Nähe zu bringen, daß er nicht auffällig wird, aber dennoch bemerkt wird und langsam Interesse daran findet. In einem Fall dauerte diese Blickfeldarbeit so ungefähr sechs Jahre, bis es dem inoffiziellen Mitarbeiter gelang, in den engeren Kreis der vertrauten Personen einzudringen. Gleichzeitig wurde natürlich das gesamte Umfeld erfaßt. Es gibt innerhalb des operativen Vorganges viele Listen, wo immer wieder Personen aufgezählt werden, mit denen man bekannt ist. Da stehen sogar die eigenen Kinder drauf. Und die Versuche, auch innerhalb des Umfeldes, also bei Partnern oder Partnerinnen, zu versuchen, die berufliche Existenz zu zerstören, also Leute aus dem gesellschaftlichen Umfeld herauszuziehen und in weniger politisch oder gesellschaftlich wirksame Bereiche zu versetzen.

Der operative Vorgang ist nicht abgeschlossen worden, er lief also bis 1989. Die Staatssicherheit hat noch vor dem Umbruch zahlreiche Dokumente vernichtet, so daß er relativ lückenhaft ist. Klar ist, daß die Bedingungen für eine konkrete Festnahme aus politischen oder rechtspolitischen Gründen in den 80er Jahren schlechter wurden, wie es immer wieder benannt worden ist, daß man für Dinge, für die man 1978/79 inhaftiert worden ist, z. B. für die Weitergabe von Büchern, Material und Schriften, in den 80er Jahren die Gefahr relativ geringer wurde, inhaftiert zu werden. Klar war, daß man innerhalb dieses Vorganges über das persönliche Umfeld mehr oder minder total informiert war, es aufgeklärt hatte, man also einen ziemlich lückenlosen Bericht seiner zehnjährigen Vergangenheit hat. Zum Abschluß noch mal, vielleicht weil es ja doch nicht nur um Staatssicherheit für meine Begriffe geht, sondern einfach auch um den Umgang der geschichtlichen Bewertung. Ich halte die Entgegensetzung von Opfern und Tätern, bei denen es ja doch immer zu Auseinandersetzungen mit der Staatssicherheit gekommen ist, für irreführend, speziell wenn es in den politisch-moralischen Bereich geht. Ich denke, daß man nicht zulassen darf, daß der Täter-Begriff anfängt zu verschwimmen, daß alle für immer ein bißchen Opfer und ein bißchen Täter sind und vielleicht nur ein paar hundert Leute – sog. Oppositionelle – dieses nicht waren. Ich denke, es gab wirkliche Täter, die auch zu benennen sind, es gab Mitläufer, es gab Leute, die sich verweigert haben in diesem Land und ich denke, das war nicht eine geringe Anzahl und es gab für meine Begriffe weit mehr Oppositionelle, die nicht nur in den Oppositionsgruppen zu suchen sind. Ich denke, daß es wichtig wäre für eine Enquete-Kommission, dieses falsche

Bild, das in der Sprache hergestellt wird in der Öffentlichkeit und das für meine Begriffe den Tätern sehr viel Schutz gibt, sich wieder im allgemeinen Nebel zu verstecken, daß man sehr deutlich dagegen auftreten muß. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Herzlichen Dank, Reinhard Schult. Ich denke, daß aus diesem Beitrag klar geworden ist, daß ein operativer Vorgang eben nicht einfach eine Zufallszusammenstellung von irgendwie abgeschöpften oder auch sonst wie zufälligerweise erhaltenen Daten ist, sondern dort ein sehr planmäßiges Vorgehen stattgefunden hat. Es gibt ja, das sollte man vielleicht noch dazusagen, in jedem operativen Vorgang immer auch jede Menge Maßnahmepläne, wo dann zu bestimmten Zeitpunkten detailliert beschrieben wird, was die Staatssicherheit vorhatte, wobei das natürlich nicht alles funktioniert hat. Was die Inhaftierung angeht, wollte ich auch noch eine Anmerkung machen. Es hat natürlich damit zu tun, daß der Bekanntheitsgrad einen gewissen Schutz bot und nicht nur, daß in den 80er Jahren vielleicht ein anderes Rechtsverhalten dort zu konstatieren war, denn Verhaftungen gab es ja nach wie vor. Aber ich denke, wenn jemand so intensiv arbeitete und mit so vielen Leuten zu tun hatte, dann hatte er damit schon eine gewisse Öffentlichkeit erreicht und damit auch einen bestimmten Schutz. Ähnliches gilt auch für die zweite Zeitzugin, Expertin, die wir anhören wollen, die auch kurzzeitig verhaftet war, was sofort zu Protesten führte und zu einer baldigen Freilassung. Katrin Eigenfeld kommt aus Halle, arbeitet jetzt in einem Umweltinstitut. In der Zeit, in der es auch über sie einen intensiven operativen Vorgang gab, war sie u. a. in der Gruppe „Frauen für den Frieden“ mit tätig. Und ich bitte jetzt darum, den Bericht zu geben.

Katrin Eigenfeld: Ich möchte eine Anmerkung machen prinzipieller Art. Die wäre, daß ich unheimlich froh bin, daß nicht zuletzt durch Sie es zu dieser Verabschiedung des StUG gekommen ist vor einem Jahr. Dadurch ist es mir möglich gewesen, meine Biographie beidseitig zu beleuchten, und es ist ein Schuh daraus geworden für mich. Ich habe dadurch meine Ängste abbauen können, d. h. konkret die Alpträume sind schlagartig verschwunden. Was mir Sorge bereitet oder was mich entrüstet, ich fühle mich zum Teil dadurch verhöhnt, daß es sehr kluge und von mir eigentlich geschätzte Menschen gibt, die nie in der DDR gelebt haben, die sich äußern und Dinge ins Leben rufen, die mich etwas bestürzen. Wenn Herr Grass z. B. meint, daß aufgrund dieses Stasi-Gesetzes und des Umganges damit und das Aneignen von diesem Material jetzt so funktioniert wie die Büchse der Pandora und dadurch das Gift der Stasi weiterwirkt und erst einmal richtig so jetzt arbeiten kann, dann kann ich ihm überhaupt nicht beipflichten. Genauso wenig wie Herrn Lattmann, der eine Initiative gegen neues Unrecht initiiert und der Geld sammelt, um z. B. Herrn Fink's Prozesse zu finanzieren. Ich finde es gut, daß dieser Rechtsstaat die Möglichkeit gibt, daß jeder Mensch sich wehren

kann. Diese Möglichkeit hatten wir nicht. Das im Vorfeld. Ich möchte jetzt einfach nur abrißartig anhand meiner Geschichte einen kleinen Einblick geben. Es wird sicher nicht sehr systematisch passieren. Ich habe diesen kleinen Abriß auch da, ich könnte den also auch zur Verfügung stellen. Ich habe da nichts zu verheimlichen und auch vor dem Inhalt keine Angst mehr, daß er erneut mißbraucht werden könnte. Ich bin 46 Jahre alt. Über mich gibt es zwei operative Vorgänge. Der erste von 1979 bis 1984, der zweite erneut von 1984 bis zum 1. Dezember 1989. Ich lese Ihnen dann das letzte Schreiben zum Schluß vor, was also drei Wochen nach dem „Fall der Mauer“ noch von dem Chef der Bezirksverwaltung in Halle verfaßt worden ist. Ich habe einen tollen Persilschein der Staatssicherheit. Und zwar der erste operative Vorgang nannte sich „Betreuung“, der zweite operative Vorgang „Inspirator“. Hinzu kommt, daß ich in zentralen operativen Vorgängen erfaßt worden bin, vor allen Dingen in dem Zentralen operativen Vorgang der „Wespen“, das ist der von Gerd Poppe genannte „Frauen für den Frieden“ gewesen. Diese „Wespen“ waren also DDR-weit tätig, so daß also jetzt eine Vermischung auch der persönlichen Akte mit diesem Zentralen operativen Vorgang zu verzeichnen ist. Ich würde gerne anhand meines persönlichen Lebens diesen Abriß geben. Ich muß dazu sagen, daß natürlich über so viele Jahre, zehn Jahre, es sehr umfangreiches Material gibt. Hinzu kommt, daß leider gerade das aktuelle Material, d. h. der letzten drei, vier Jahre, fast alles vernichtet worden ist, daß ich von diesem Zentralen operativen Vorgang nur aus einer Abteilung die Akten, das sind zwei Bände, einsehen konnte. Also das sollen sie einfach auch wissen, daß vieles aufgrund dessen, daß es vernichtet wurde, nicht mehr handhabbar ist. Was für mich neu war, ist vor allen Dingen gewesen, daß bei der Eröffnung, bei der Anlegung dieses operativen Vorganges bereits die Paragraphen feststanden und das Ziel. Und in meinem Fall das Ziel, sehr bald ein Ermittlungsverfahren einzuleiten mit dem Ziel der Inhaftierung, daß bereits bei der Eröffnung des Operativvorganges die Paragraphen festgelegt haben, derer ich mich schuldig machen muß. Und es wurde gewissermaßen provoziert, daß es auch dazu kam. Natürlich mit Hilfe ihrer Methoden, ihrer Operativpläne, in der Hauptsache natürlich durch IMs, die ich kenne und mit Namen auch benennen kann. Ich will zwischendurch einwerfen, daß ich mit IMs, die mir menschlich nah waren, gesprochen habe, daß nicht ein IM sich vorher enttarnt hat bei mir, obwohl bekannt war, weil es in der „Bild“-Zeitung stand, daß ich meine Akten gelesen habe. Ich weiß nicht, ob die Ursachen Angst oder Naivität waren oder was weiß ich. Ein IM hat z. B. gesagt, na, was sollte ich Dir denn sagen, ich hätte doch nie gedacht, daß das in irgendeiner Akten kommt, was ich denen erzählt habe. Also, es ist klar, daß die Stasi nicht ihren IMs erzählt hat, wie diese funktionieren, wie die Strukturen laufen.

Dann ist dieser operative Vorgang angelegt worden. Zwei Paragraphen habe ich aufgestempelt bekommen und die Zielstellung wurde festgelegt. Als

nächstes war es natürlich wichtig, diese Operativpläne zu erarbeiten, speziell die, nach denen im einzelnen vorgegangen worden ist. In den Operativplänen war natürlich die Hauptaufgabe der Einsatz der IMs als „Hauptwaffe gegen den Feind“. Das ist in der Maßnahme 1/1979 so festgelegt, und genau das haben wir zu spüren bekommen, bis zur Lächerlichkeit. Diese IMs haben mein Leben bestimmt, mein Leben verändert, in diesen zehn Jahren. So oder so, weil sie uns vergiftet haben mit Mißtrauen, sie haben Schaden angerichtet, einfach nur, daß ich vermutet habe, daß sich in meinem Umfeld IMs befinden könnten. Wir kommen also wirklich nicht umhin, diese ausführenden Täter immer wieder wirklich als Hauptwaffe gegen den Feind auch zu sehen. Es läßt sich auch über zehn Jahre sehr gut verfolgen, was wir ständig gehört haben, der Anstieg des Einsatzes der IMs. Ich sage jetzt mal mit diesem bösen Wort, den Einsatz, also mehr auf Menschenmaterial umzustellen bei mangelnder Technik. Z.B. habe ich Beweise in meinen Akten zu diesen Maßnahmen, daß z. B. meine Wanze ausgefallen ist und dann ist im Maßnahmenplan verstärkter Einsatz von IMs festgelegt worden. Also technisch waren sie, jedenfalls was meine Akten aussagen, nicht so toll. Zu diesen Maßnahmenplänen gehörte auf alle Fälle, das ist belegt in den Akten, die Telefonabhörung, die Wanze, der Einsatz von IMs, Reiseverbote bis zum Berlin-Verbot. Dann wurde ich in Halle festgenagelt und konnte nicht einmal die Stadt verlassen, geschweige in die CSSR reisen oder irgendwohin. Das gehörte alles zu einem Einsatz der Abteilung 26, bis zur Postüberwachung. Ich habe also lächerliche Dinge erlebt. Ich habe in Berlin ein Patenkind, dem habe ich jedes Jahr zum Geburtstag ein Päckchen geschickt. Dieses Päckchen ist jedes Mal auseinandergenommen worden, alles fotografiert worden, der Inhalt, die Geburtstagsgrüße. Ich hätte ja irgendetwas verschlüsselt nach Berlin senden können mit diesen Geburtstagsgrüßen.

Dann ist eindeutig nachzuweisen – anhand meiner Akten – die Zusammenarbeit auch mit staatlichen Organen, was ja immer wieder bestritten wird von unseren obersten Genossen, den ehemaligen, das sie ja immer von nichts gewußt haben. Es steht eindeutig drin, immer in Ansprache mit dem Ersten Sekretär der Bezirksleitung und der Abteilung Kirchenfragen usw. Es ist also alles verzeichnet. Eine sehr große Papiermenge kommt zustande durch diese Beobachtungsberichte. Sie sind ausgesprochen lächerlich, weil ich also über lange, lange Zeit beobachtet worden bin, früh vom Aufstehen bis zum Aus-dem-Haus-Gehen, welchen Bus ich benutze, das Kennzeichen des Busses, wen ich getroffen habe, mit wem ich mich im Bus unterhalten habe, was ich eingekauft habe im Konsum, also kam mit einem Päckchen Käse, Milch, Butter wieder raus, wann ich das Licht löschte abends in meiner Wohnung und die betreffenden Bewacher dann endlich nach Hause gehen konnten.

Ja, es kam dann natürlich zu dem, was sie vorgehabt haben, in dem mir durch einen IM ein staatsfeindliches Papier in die Wohnung gebracht wurde, mit dem Kampfauftrag gewissermaßen, damit nun zu arbeiten und mit den Freunden

darüber zu reden und zu diskutieren und es zu vervielfältigen. Das habe ich auch schön gemacht, weil das ein hochinteressantes und gutes Papier war und das genau war die Falle. Ich bin also kurze Zeit später inhaftiert worden. Die Haftzeit dauert ein Vierteljahr. Ich bin dann mit Hilfe des beherzten Einsatzes von Petra Kelly und Gerd Bastian entlassen worden.

Ich habe dann, wie soll ich sagen, schade, daß Roland Jahn nun nicht hier ist. Ich habe hier so eine schöne Geschichte, wo also über Roland Jahn berichtet wird. Der „Feind“ Roland. Der Jahn aus Jena, mit wem der alles Kontakt hatte, mit Jürgen Fuchs, Peter Rösch, Rüdiger Rosenthal und eben auch mit uns in Halle und mit den Grünen. Ich habe ganze Listen von IMs und ihren Einsatzplänen. Das unterteilt sich in Freizeitbereich, in Arbeitsbereich und in Teilaufgaben. So finde ich es bei mir vor. Ich habe in diesen Akten ca. 40 IMs gefunden und weit über das Doppelte an hauptamtlichen Mitarbeitern. Ich habe mal die ganzen Namen einfach, die vorkommen in den Akten, die also irgendetwas unterschrieben haben, und meistens haben zwei bis drei Beamte unterschrieben, das mal alles aufgelistet. Es sind fast 100. Also, so vielen Leuten haben wir Brot und Arbeit und natürlich auch Verdienstmöglichkeiten verschafft. Ja, ich habe natürlich eine Menge IM-Berichte, die da eine eigene Sprache sprechen. Man kann auch ganz gut differenzieren. Nun ist heute schon sehr viel zu dieser Problematik der IMs gesagt worden. Hier sehe ich gerade, es war ein Treffen mit Franz Alt, was wir gemacht haben, bei Bärbel Bohley ist natürlich auch genau berichtet. Dann funktionierte die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Halle, da kam natürlich von Berlin ein Telegramm von Mielke nach Halle an die Hauptabteilung und da wurde dann mitgeteilt „Ihr müßt jetzt aufpassen, setzt die fest, die wollen nach Berlin zu Bärbel Bohley, wo der Franz Alt kommt und das muß verhindert werden“. So, ich will das wirklich kurz machen, aber ich denke, es ist nicht uninteressant, Ihnen einmal meinen Persilschein kurz zu verlesen, wenn Sie noch Kraft haben:

Das ist der Abschlußbericht zum letzten OV, also „Inspirator“, von drei Obersten in Halle unterzeichnet und da steht:

„Die im OV „Inspirator“ erfaßte Person Katrin Eigenfeld wird seit März 1984 auf der Rechtsgrundlage gemäß §§ 214, 219 Strafgesetzbuch operativ bearbeitet. Im Verlaufe der operativen Bearbeitung war zu verzeichnen, daß sich die E. in verschiedensten Formen mit anderen gleichgesinnten Personen zusammengeschlossen hat, um politische Forderungen, ihrer Einstellung entsprechend zu diskutieren und zu formulieren. Dabei bestand der Verdacht, daß die E. im Zusammenwirken mit Mitgliedern von nicht genehmigten Vereinigungen (das war das Neue Forum), gegen bestehende Rechtsvorschriften verstößt. Die Prüfung aller vorliegenden Informationen ergab, daß die E. nicht gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen verstoßen hat. Aus diesem Grunde wird vorgeschlagen, den OV „Inspirator“ in der Abteilung 12 der BV-Halle zu archivieren.“

Wichtig ist dabei tatsächlich das Datum: der 1. Dezember 1989. Also nach drei Wochen Mauerfall und da frage ich, was haben die sich wohl noch gedacht in den Büros, daß sie noch so viel Zeit hatten.

Gesprächsleiter Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Herzlichen Dank, Katrin Eigenfeld. Die nächsten beiden Zeitzeugen müßten wir uns im Zusammenhang anhören. Es sind zwei Brüder, die zehn Kilometer voneinander, der eine im Westen, der andere im Osten, gelebt haben, die zwei operative Vorgänge haben, wovon sich der eine auf den anderen bezieht. Und ich bitte zunächst Herrn Vinzenz Gerlach zu beginnen und dann ohne längere Pause mit Herrn Benno Gerlach gleich fortzusetzen.

Vinzenz Gerlach: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich wohne in Duderstadt im Eichsfeld, in einer kleinen Stadt, in die ich bis zu meiner Einberufung 1941 täglich mit einem Linienbus der Post zur Arbeit gefahren bin und in die ich, kurz nach meiner Heimkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1949, quer durch den Wald illegal zurückkehrte. Das Eichsfeld hat mich geprägt. Die Landschaft entspricht in ihrer Größe etwa der Insel Rügen und wird von 170.000 Menschen zwischen Harz und Werra bewohnt. Schon seit Bonifatius, dem ersten Erzbischof von Mainz, gehörte das Land zu diesem Bistum und wurde im Laufe des Mittelalters auch politisch mit dem Kurfürstentum verbunden. Aus der Reformation ging das Eichsfeld deshalb als katholische Enklave im mitteldeutschen Raum hervor. 1802 annectierte uns Preußen, 1816 teilte man das Land unter Hannover und Preußen auf. Nach 1866 gehörten wir zwei verschiedenen Verwaltungseinheiten, nämlich den preußischen Provinzen Hannover und Sachsen, an. 1945 wurde die Provinzialgrenze zur Demarkationslinie zwischen sowjetischer und britischer Zone. 30 Orte des Kreises Duderstadt gelangten so 1949 an Niedersachsen, der größere Teil aber, die Kreise Heiligenstadt und Worbis, an die DDR.

In meiner langjährigen sowjetischen Kriegsgefangenschaft hatte ich die Widersprüche zwischen kommunistischer Ideologie und realer Wirklichkeit am eigenen Körper erlitten. Ich hatte auch immer wieder frappierende Ähnlichkeiten zwischen dem Nazi-Reich und dem sowjetischen Imperium feststellen müssen. Als überzeugter Demokrat, der sich für Freiheit, Einheit und Frieden einsetzte, war ich heimgekehrt. Ich konnte mich deshalb niemals mit der Teilung der Heimat abfinden und engagierte mich aus innerer Überzeugung für die Wiederherstellung der Einheit und Freiheit in Deutschland und Europa. Als ich 1963 die Leitung des städtischen Verkehrsbüros in Duderstadt übernahm, organisierte ich deshalb bei zahlreichen Informationsfahrten aus dem nördlichen und westlichen Deutschland an die gewaltsam errichtete Grenze. Nachdem der Kreis Duderstadt im Zuge der Gebietsreform aufgelöst wurde, übernahm ich zusätzlich die Geschäftsführung des 1972 gegründeten Landschafts-, Heimat- und Verkehrsverbandes Eichsfeld, 1973 die Redaktion der Monatsschrift „Eichsfelder Heimatstimmen“ vom Bund der Eichsfelder

Vereine und 1982 die Geschäftsstelle des europa- und deutschlandpolitischen Bildungsinstitutes. Die Gefühle, die einen überkamen, wenn man am Stacheldraht stand und hilflos in den anderen Teil der Heimat hinüberschaute, lassen sich nicht beschreiben. Noch schlimmer war es bei Familienfeiern, so z. B. wie es meiner Frau und mir 1953 bei unserer Hochzeit erging, als weder Eltern noch andere Verwandte aus der DDR teilnehmen durften.

Als 1973 meine Mutter starb, hätte ich in einer Tagesreise über Eisenach in mein nur zehn Kilometer von Duderstadt entfernt liegendes Heimatdorf Holungen zur Beerdigung fahren können. Eine Einreisegenehmigung lag vor, aber das Niedersächsische Ministerium für Bundesangelegenheiten legt mir telefonisch nahe, nicht in die DDR einzureisen, da ich mit meiner Festnahme rechnen müsse. Das war die erste Warnung.

Im Herbst empfahl mir das gleiche Ministerium, versuchsweise mit meiner Familie in die DDR zu fahren. Ich sei der Behörde DM 80.000 Freikaufpreis wert, falls eine Festnahme erfolgen sollte. Der Bus war voll besetzt. Als die Pässe eingesammelt und nach einer viertel Stunde Kontrolle zurückgegeben und gute Weiterfahrt gewünscht wurde, fehlte mir als einzigem Insassen der Reisepaß. Erst nachdem ich mit lauter Stimme reklamiert hatte, holte der Grenzpolizist den Paß aus dem Büro. Das war meine zweite Warnung.

1974 reiste ich auf Initiative des damaligen Bundesvorsitzenden der Eichsfelder Vereine nach Haidenrode zu einem Gespräch mit dem stellvertretenden Schriftleiter der kommunistischen Eichsfelder Heimathefte. Da angeblich kein Westwagen vor seinem Haus halten durfte, fuhr mein Bruder, meine Frau und ich mit seinem Trabi nach dort. Er durfte aber nicht mit in das Haus und mußte draußen im Auto warten. Das Gespräch dauerte etwa eine Stunde. Wir vereinbarten zwar den Austausch unserer Zeitschriften, aber ich wußte fortan auch, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit diesem überzeugten SED-Genossen nicht möglich war und baute die neue Beziehung nicht weiter aus. Daß zwischen uns grundsätzliche, unüberbrückbare Gegensätze bestanden, erfuhr ich bald aus dem Inhalt, der mir durch den Austausch verfügbaren Heimathefte aus der DDR. Während z. B. ich in meinen Kommentaren auf die immer wieder auftretenden politischen Probleme unserer geteilten Heimat einging, propagierten meine Kontrahenten offen die Kulturrevolution im Eichsfeld. Revolution aber heißt doch, gewaltsamer Umsturz, heißt Vernichtung dessen, was wir als Eichsfelder als den kulturellen Inhalt unserer Heimat empfinden. Deshalb warnte ich immer wieder, aber leider vergebens, den Bundesvorsitzenden vor einem weiteren Ausbau seiner privaten Kontakte zu diesem SED-Funktionär.

1977 besuchte mich der Schriftleiter der Eichsfelder Heimathefte, der angeblich kein Parteimitglied war. Seine erste Frage, als er in mein Büro eingetreten war, lautete: „Kann uns auch keiner hören?“. Ich beruhigte ihn, arrangierte ein gemeinsames Gespräch mit dem Bürgermeister, lud ihn privat in meine

Wohnung ein und in die Eichsfeld-Halle. Weil, wie er mir sagte, keiner erfahren durfte, daß er sich in Duderstadt aufgehalten hatte, benutzte er auf der Rückfahrt nicht den Straßenübergang Duderstadt – Worbis, sondern reiste per Bahn über Göttingen, Eisenach zurück. Übrigens, über diesen angeblich vertraulichen Besuch fand ich jetzt sieben engbeschriebene Schreibmaschinen-seiten in den Stasi-Akten vor. Ende 1979 erfuhren wir auf Umwegen, daß ein Herr X, der kurz vorher in unser Redaktionskollegium offenbar eingeschleust worden war, und der Bundesvorsitzende der Eichsfelder Vereine, was dieser lange bestritt, im Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen in Bonn, Verhandlungen geführt hat, mit dem Ziel, unsere „Eichsfelder Heimatstimmen“ mit dem kommunistischen Eichsfelder Heimatheften zu verbinden. Weder der Vorsitzende des Landschaftsverbandes noch ich als Geschäftsführer und Schriftleiter wußten davon. Jetzt wurde mir endgültig klar, daß die Stasi ihre Finger im Spiel hatte und brachte die Angelegenheit nach langen internen Querelen, meine langjährige Freundschaft mit dem Bundesvorsitzenden des Eichsfelder Vereins ist damals zerbrochen, anlässlich eines Bundestreffens in einem Vortrag an die Öffentlichkeit. Seither war an eine gemeinsame Heimatarbeit auch in Westdeutschland nicht mehr zu denken. Der Bundesvorsitzende aber unterhielt weiter seine engen Beziehungen zur Stasi und, obwohl er in Westfalen wohnte, durfte er jederzeit im Tagesaufenthalt in die DDR einreisen. Jeden Verrat in unserer Heimatarbeit stellte er kategorisch in Abrede.

Die Parole vom „Wandel durch Annäherung“ brachte eine weitere Spaltung der westlichen Deutschlandpolitik mit sich und führte bald zu Widersprüchen zwischen politischen Optimisten und Realisten. Wer diesen Slogan ablehnte, galt fortan als „kalter Krieger“ oder als Extremist. Ich erinnere mich z. B. an einen Kalender, der vom Gesamtdeutschen Institut herausgegeben wurde. Auf dem Januarblatt war ein Farbfoto von der Grenze im Eichsfeld und auf der Rückseite ein redaktioneller Beitrag aus meiner Feder abgedruckt. Das Fernsehen berichtete damals darüber, weil der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen den Kalender wegen meines Artikels an den Schulen dieses Bundeslandes verboten hatte.

Man kann sich unter diesen Umständen leicht vorstellen, welche Meinung erst die Stasi über mich wohl hatte. Für die Staatssicherheit war ich ein Kriegshetzer, ein böswilliger Revanchist. Deshalb wurden mir seit Anfang der achtziger Jahre die Heimathefte nicht mehr übersandt und seit 1983 die Einreise in die DDR verweigert. Auch meine Angehörigen wurden im Sinne der Nazi-Sippenhaft in diese Maßnahmen einbezogen. So wurden z. B. meine beiden Schwestern aus einem PKW und meine Tochter aus einem Bus herausgeholt und, obwohl sie im Besitz gültiger Einreisepapiere waren, nach Duderstadt zurückgewiesen. Auch meine Frau und die übrigen Angehörigen meiner Familie wurden in die Sperrmaßnahmen einbezogen und so für meine Tätigkeit bestraft. Mein Bruder Benno in Holungen aber war so etwas wie

ein Faustpfand der Stasi. Er und seine Familie mußten, was ich erst nach der Wende erfahren habe, besonders unter den Schikanen der Machthaber leiden.

Solange ich in die DDR einreisen durfte, wurde dort jeder meiner Schritte von der Stasi überwacht. Mehrfach bemerkte ich, daß ich mit einem PKW verfolgt wurde. In einem Stasi-Bericht in der Akte „Feind meines Bruders“ heißt es z. B. „Am so und so vielten gegen so und soviel Uhr traf der PKW GP 725 in Holungen ein. V.G. aus Duderstadt ging in das Haus seines Bruders. Nachmittags gingen die Brüder durch das Dorf. Gegen so und soviel Uhr verließ V.G. wieder den Ort.“ Der Staatssicherheitsdienst der DDR hat meine Angehörigen und mich rund 20 Jahre lang, nämlich von 1967 bis 1986, beschattet. Über mich fand ich in Erfurt drei OPK-Akten vor. Zwei tragen den Titel „Revanchist“, eine den Namen „Landsmann“. Eine weitere, „Revanchist“ genannte Akte „OPK B2 Nr. 27 KD Worbis“, ist nicht auffindbar. In den vorliegenden Unterlagen sind 35 Decknamen von Stasi-Spitzeln enthalten. Einige von ihnen wurden enttarnt. Auch in Duderstadt hatte die Stasi mehrere Helfer, wie ich inzwischen weiß.

Die Zielstellung der Akte „A OPK Landsmann“ lautete: „Zielgerichtete Herausarbeitung der feindlich-negativen Einstellung des G. und seine OP-bedeutsamen Verbindungen und Kontakte im grenznahen Operationsgebiet bzw. in der DDR und das rechtzeitige vorbeugende Verhindern weiterer von ihm zu erwartenden feindlich-negativen Aktivitäten.“ Auf Seite 7 heißt es u. a.: „Zum Zeitpunkt des Anlegens der OV „Revanchist“ im Jahre 1971 war bekannt, daß in Duderstadt ein Verkehrsbüro eingerichtet wurde, dessen Aufgaben darin bestanden, Personengruppen in organisierter Form an die Staatsgrenze der DDR heranzuführen. Als aktivste Person bei diesen Einweisungen wurde die Person G. bekannt, die vor Anlegen des OV in einer OPK kontrolliert wurde. Die durchgeführten Überprüfungsergebnisse zum G. begründeten den Verdacht der Verletzung der Straftatbestände des Paragraphen 89 StGB.“ Auf Seite 8 heißt es: „Besonders aggressiv und provokant trat und tritt der G. im Rahmen seiner weiteren Tätigkeit als Schriftleiter der sog. 'Eichsfelder Heimatstimmen' auf. Diese Funktion nutzte und nutzt er zur Propagierung revanchistischen und antikommunistischen Gedankengutes. Seine aggressive, revanchistische, gegen die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten gerichtete Haltung drückt sich vor allem in den von ihm verfaßten Leitartikeln der 'Eichsfelder Heimatstimmen' aus.“

Ähnlich wird meine frühere Tätigkeit im Landschaftsverband und im europa- und deutschlandpolitischen Bildungsinstitut eingeschätzt. Auf Seite 9 heißt es u. a.: „Bei G. laufen quasi alle Fäden zusammen, die irgendwo mit Eichsfeld in Verbindung stehen. Karteien mit Anschriften Heiligenstädter Schüler stehen neben allen möglichen Schriftstücken, die im Eichsfeld erschienen sind oder sich mit demselben beschäftigen. Besonders erfreut ist G. jedesmal, wenn neue

Kontakte zum Eichsfelder Teil der DDR geknüpft bzw. bestehende aufgefrischt werden.“

Auch mein Privatleben, angefangen bei meinen Skatbrüdern, über die Mitgliedschaft im Kirchenvorstand, meine Mitarbeit im Eichsfelder Konvent bis hin zum Vorsitz im Verband der Heimkehrer, sind erfaßt worden. Auf Seite 71 heißt es unter Zielstellung der operativen Beobachtung u. a.: „Auf der Grundlage des geschilderten Sachverhaltes (Anmerkung: G. hatte gesagt, es gehe nicht um meine Person, man will mich zwingen, nicht mehr die Wahrheit zu sagen und zu schreiben) werden folgende Hauptzielstellungen angestrebt: den in der OPK „Feind“ erfaßten Benno G. zu beeinflussen und zu zwingen, daß er dahingehend Einfluß ausübt, daß sein Bruder V.G. seine Hetzartikel gegen die DDR unterläßt. Ist V.G. nicht dazu bereit, wird durch Weiterführung polizeilicher Maßnahmen die Einreisesperre für seine Verwandten verfügt, um dadurch eine Reglementierung und Disziplinierung zu erreichen. Zersetzung und Differenzierung innerhalb der Familien Gerlach (DDR und BRD), alle Geschwister sollen dem V.G. unter psychischen Druck gerät.“ Alle meine Veröffentlichungen wurden von der zentralen Pressestelle der DDR aufmerksam verfolgt, wie ich es der Seite 78 entnehmen konnte.

Als ich 1986 in Rente ging, heißt es in einem Abschlußbericht auf Seite 158 u. a.: „Im Rahmen der Durchführung der OPK konnten entsprechend der Zielstellung die IMB Bernd, IMS Widder ein persönliches Vertrauensverhältnis zum G. aufbauen und die IMB Franz Schuster und IMB Paul Schreiber indirekt zur kontrollierten Person zum Einsatz gebracht werden. Weiterhin wurde ein umfassendes Persönlichkeitsbild zum G. erarbeitet, in dem seine Einstellung, sein Verhalten, sein Auftreten und Argumentieren zu spezifischen politischen, gesellschafts- und ökonomischen Problemen in der DDR und der BRD charakterisierend dargestellt werden. Es wurden Verbindungen und Umgangskreis des G. dargestellt, durch den Einsatz und die Realisierung spezifisch operativer Kombinationen wurde G. aus wichtigen Funktionen herausgedrängt und somit sein Handlungsraum weiter eingeengt und eingeschränkt.“ Die beiden Akten „Revanchist AOP 135183 1 und 2“ haben ähnliche Inhalte. Außerdem sind darin weitere gegen mich gerichtete sog. Operationspläne nach militärischem Muster enthalten. Abschließend heißt es in sämtlichen Akten: „Das Material ist in die Abteilung XII der BV Erfurt gesperrt für unsere DE zu archivieren. Einer Ersatzverfügung wird zugestimmt, der V.G. bleibt seitens unserer De erfaßt.“ Danke.

Benno Gerlach: Ich darf jetzt gleich anschließen. Ich will mich kürzer fassen. Ich war also das Faustpfand für meinen Bruder, weil ich als einziges Familienmitglied in der DDR wohnte. Ich hatte auch Anfang Oktober die Einsicht in meine Stasiakte unter der Bezeichnung OPK-“Feind“ Register Nr. IX-1622 im Umfang von 198 Seiten. Dabei zeigte sich, daß ich also vom 27.6.1975 über einen Zeitraum von zehn Jahren von der Stasidienststelle

Worbis überwacht wurde. Die Führungsoffiziere der Worbisser-Dienststelle bedienten sich dabei der Zuarbeit von 14 IM bzw. FIM. In halbjährigen Protokollen wurden zunächst chronologisch alle Besuche, besonders die sogenannten West-Besuche aufgeführt, in der die Verbindungen zur Familie meines Bruders Vinzenz Gerlach hervorgehoben wurden. Die jeweils angeforderten IM-Berichte waren dort zweckmäßig einbezogen. Waren also die ersten Berichte auf Besuchsinformationen ausgerichtet, so wurden in späteren Berichten meine politischen Auffassungen und Aussagen hinterfragt. Aber im Hintergrund blieb immer die Frage: Inwieweit wurden von mir Nachrichten und Informationen für die „Eichsfelder-Heimatstimmen“ übermittelt? Anfang der 80er Jahre führte dies zum Einreiseverbot meines Bruders und dann auch für seine Familie. 1982 wurde mir das erste Ausreiseverbot erteilt und 1984 wurde ich aus der Reisegruppe „150 Christen nach Rom“ herausgenommen, zu der ich vom Dekanat vorgeschlagen wurde. Gleichzeitig wurden meine beiden Schwestern, beide über 65 Jahre alt, an der Grenzübergangsstelle Duderstadt, trotz gültiger Einreisepapiere, zurückgewiesen. Zur selben Zeit entzog man mir meinen dienstlichen Sperrzonenschein, um mich zu irgendwelchen Reaktionen zu bewegen. Prompt wurde ich beim Amtsleiter des damaligen VPKA (Volks-Polizei-Kreis-Amt) in Worbis vorstellig und bekam einen Gesprächstermin. Aus den Akten geht hervor, daß der Amtsleiter von einem Stasioffizier auf dieses Gespräch eingewiesen und es auf ein Tonband mitgeschnitten wurde. Nachdem man mir aus fünf Heften der „Eichsfelder-Heimatstimmen“ einige, nach damaligem Sprachgebrauch antikommunistische Schriftstellen, zitierte und diese meinem Bruder zuschrieb, forderte man mich auf, von meinen beiden Schwestern eine eidesstattliche Erklärung abzuverlangen, daß diese zu keiner Zeit Nachrichten an meinen Bruder weitergegeben hätten, noch künftig geben würden. Meinem Bruder sollte ich nahelegen, jegliche antikommunistischen Kommentare und Aktionen zu unterlassen. Während meine Schwestern mir diese Erklärungen übersandten, schrieb mein Bruder mir einen Brief, in dem er darlegte, daß in der Bundesrepublik Pressefreiheit und keine Zensur bestehe, daß er Antikommunist sei und man auf mich Druck ausübe, ähnlich der Sippenhaft in der Nazizeit, um mich für ihre Auffassungen gefügig zu machen. Diese Briefe wurden alle geöffnet und abgelichtet und sind in der Akte enthalten. Weiterhin wurde laut Akte mein Telefon seit 1983 abgehört. Dies alles schwächte sich erst ab, als mein Bruder in Rente ging. Die Übernahme und Gleichschaltung der „Eichsfelder-Heimatstimmen“ wurde so nicht erwirkt. Für mich und meine Familie hatte die ganze Sache noch eine andere Seite. Als jüngstes von acht Geschwistern tauschte ich mit meinem älteren Bruder und ging 1948 zurück zu meinen Eltern und begann meine Tätigkeit als Schlosser. 1952 trat ich in die Ortsgruppe der CDU ein, aus der ich am 13. August 1961 aus Protest austrat. Nur in einigen Berichten der informellen Mitarbeiter war ich noch in der CDU. Mein offenes Eintreten für die Belange der Kirche im Pfarrgemeinderat, meine klaren Standpunkte

bei politischen Diskussionen, waren meinem beruflichen Werdegang nicht besonders von Nutzen. Trotzdem war ich als staatlicher Leiter in den letzten 25 Jahren meines Berufslebens tätig. Leider hatten meine heranwachsenden Kinder darunter zu leiden. Ohne Jugendweihe war es schwer, ein Studium zu bekommen. Meine jüngste Tochter wurde nicht zum Abitur zugelassen, obwohl sie von der Schule vorgeschlagen worden war. Mein Sohn wurde erst kurz vor seinem 27. Lebensjahr zur NVA eingezogen und an die polnische Grenze verlegt. So kann er erst jetzt seine Meisterprüfung ablegen, während gleichaltrige bereits als KFZ-Meister in Arbeit stehen. Meine zweite Tochter wurde als Lehrausbilderin von ihrer Leiterin und von einem Lehrer der Berufsschule öffentlich diffamiert, wegen ihres Onkels Vinzenz Gerlach, und zu politischen Aussagen provoziert. Das kam von der Stasi. Wie ich in den Akten ersehen konnte, hatte ich nicht nur Freunde. Die teils widersprüchlichen Berichte der informellen Mitarbeiter aus der Nachbarschaft und aus dem Arbeitsbereich im Kaliwerk machten dies deutlich. Bauschte der eine den geforderten Sachverhalt auf, brachte es der andere wieder auf ein sachliches Niveau. Von Erbstreitigkeiten bis zu politischen Meinungen, die mir in den Mund gelegt wurden, von Gehässigkeiten bis zur bloßen Sollerfüllung. Je nach dem persönlichen Verhältnis zu mir reichte diese Palette. Die angeforderten Gutachten der jeweiligen Abschnittsbevollmächtigten (ABV) waren dagegen sachlich und ziemlich real. In den 80er Jahren wurde verstärkt meine politische Motivation, mein Standpunkt in der Gemeinde und im Betrieb hinterfragt. Aus diesen und ähnlichen Vorgängen resultiert dann folgende Einschätzung: „Gerlach ist objektiv in der Lage im Sinne revanchistischer Kräfte wirksam zu werden bzw. durch diese für die Durchsetzung ihrer Pläne ausgenutzt zu werden. Desweiteren zeigt er Verhaltensweisen und Handlungen, die den Erscheinungsformen der politischen Untergrundtätigkeit entsprechen“. So fand ich mich auf einer Internierungsliste feindlich gesinnter Personen des Kreises Worbis wieder. 235 Personen waren es im Kreis Worbis und davon waren 66 Personen zur Liquidierung vorgeschlagen. Herr Rudolph hatte heute vormittags schon im DDR-Maßstab 10.900 genannt. Der Hauptmann des Staatssicherheitsdienstes verfügte am Ende der Akte die Weiterführung der Überwachung der Person Benno Gerlach bei der Dienst Einheit. In der Geheimen Verschlusssache (GVS) 005 Nr. 6484 vom 1. März 1984, herausgegeben vom Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, Generalmajor Schwarz, Erfurt, Grundsätze zur Vorbereitung und Durchführung der Isolierung, sowie zur Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit der geplanten Isolierungsobjekte unter Punkt 2 „Kriterien für die Isolierung“: „In die Maßnahmen der Isolierung sind Personen einzubeziehen, die feindlich eingestellt sind und bei denen der begründete Verdacht besteht, daß sie im Verteidigungsnotstand aufgrund ihrer Möglichkeiten bestimmte Bevölkerungskreise zu solchen subversiven Handlungen beeinflussen und veranlassen, die die staatliche Sicherheit ernsthaft gefährden, bei denen durch die Deutsche

Volkspolizei Abteilung K1 der begründete Verdacht erarbeitet wurde, daß sie im Verteidigungszustand die Durchsetzung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit erheblich bedrohen.“

Es könnte noch fortgesetzt werden, aber soweit nur Hinweise und Auszüge für die bevorstehende Isolierung, die Gott sei Dank nicht mehr zur Durchführung gelangte, die aber zur harten Realität für mich geworden wäre. Nur heute will niemand davon etwas gewußt haben. Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

Bernhardt Simon: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich kann und will auch nur anhand eines konkreten Falles, einige Facetten beleuchten zur Bearbeitung von Personen in operativen Vorgängen. Ich möchte zeigen, wie schwere Krankheiten als Druckmittel bei Vernehmungen benutzt wurden, wie Schwangerschaft als Druckmittel zur Erpressung von Aussagen benutzt wurden, wie man versuchte, durch Wegnahme von Kindern Menschen zu Aussagen zu erpressen. Ich möchte auch kurz etwas sagen, über die Möglichkeiten sich dagegen zu wehren und schließlich möchte ich über das Unrechtsbewußtsein der inoffiziellen Mitarbeiter damals und teils über ihr Selbstverständnis heute anhand eines konkreten Beispiels reden. Es geht hier um die IMV Marion. Klarname ist Maja Michaela Wiens, eine eher unbedeutende DDR-Schriftstellerin. Ganz kurz zur Einführung. Es geht um einen operativen Vorgang „Aspirant“, einen Biologen in Berlin, Herrn Dr. K. Dr. K. war einige Zeit vor seiner Verhaftung, im Juni 1978 operiert worden und danach invalidisiert worden und wurde in Intervallen behandelt. Auslöser für die folgende Affäre war sein Antrag, zunächst auf eine Besuchsreise, und als diese dann abgelehnt wurde, auf endgültige Ausreise. Es wurde ihm bei diesem zweiten Antrag ausdrücklich eine Begründung für seinen Ausreisewunsch abgefordert und die schrieb er dann. Sie geriet ihm ein bißchen zu ausführlich. Er las sie einigen Freunden vor und wurde daraufhin am 12.06.1978 verhaftet. Das war mitten in seiner Therapie und er mußte diese Therapie im Stasigefängnis Berlin Hohenschönhausen, unter psychisch und physisch schwer belastenden Bedingungen, fortsetzen. Das spielte sich etwa so ab: Dr. K. weigerte sich zunächst, diese Therapie fortzusetzen. Sie wissen sicher, daß man da sehr harte Zeiten durchmacht. Er wollte vermeiden, daß er gleichzeitig verhört wurde. Und genauso war es dann. Immer, wenn er sich bereiterklärte, diese Medikamente einzunehmen, wurde kurz darauf ein Verhör angesetzt. Ich kann hierzu nicht näher Stellung nehmen, das könnte bestenfalls Herr Dr. K. Er hat die ganze Sache überlebt und ist heute Unternehmer in West-Berlin. Wir wurden eingestuft als aktive Verbindungspersonen zu Herrn Dr. K. Wir bewahrten eine Durchschrift seiner Antragsbegründung auf, die Herr Dr. K., kurz vor seiner Verhaftung, versucht hatte, einer Korrespondentin zu übermitteln. Aus diesem Grund wurden wir gleichfalls observiert und am 16. Juni 1978 einer zeugenschaftlichen Vernehmung zugeführt. Meine Frau, Hedwig Simon, war am Vortag für eben diesen Morgen, den 16.06.1978,

wegen einer Risikoschwangerschaft in das Krankenhaus Berlin-Friedrichshain eingewiesen worden. Sie sollte um 7.00 Uhr an diesem Sonnabend erscheinen, dem 16.06.1978. Sie wurde am Morgen und zwar direkt vor ihrem Aufbruch verhaftet, oder zugeführt nannte man dies, und trotz meines Protestes, ich war ebenfalls dann zur Keibelstraße gekommen, 14 Stunden lang von der Stasi verhört, zwischendurch zu einer mehrstündigen Hausdurchsuchung zurücktransportiert. Immer mit der Drohung: „Wir können Sie länger dabehalten, denken Sie, Sie müssen ja ins Krankenhaus“. Sie ging dann erst am 17.06.1978 ins Krankenhaus Friedrichshain und hatte am 21. Juli dort eine Fehlgeburt. Am Morgen des 16.06.1978 waren die Stasiermittler zusammen mit einer Frau erschienen, die sich vor uns nicht ausweisen wollte. Ich wurde als erster abtransportiert, nachdem man mir mit diesem berühmten Offiziersehrenwort zugesichert hatte, daß meine Vernehmung genügen würde und meine Frau ungehindert in die Klinik fahren könne. Nach meiner Abfahrt teilte man meiner Frau mit, daß sie natürlich ebenfalls in die Keibelstraße mitkommen müsse, zum Verhör, und unsere damals siebenjährige Tochter Sabine in die Obhut der Stasi genommen werde. Meine Frau brachte es fertig, die sechs anwesenden Greifer zu täuschen und unsere Tochter durch einen Hinterausgang des Grundstücks zu Herrn Pfarrer Rainer Eppelmann zu schicken, der zwei Straßen weiter wohnte. Herr Eppelmann nahm Sabine auf und erschien dann mittags; er hatte unser Haus seinerseits während der Hausdurchsuchung überwachen lassen. Ich denke, daß unsere Freilassung am gleichen Abend wohl wesentlich auf sein Eingreifen zurückzuführen war, weil bekanntlich das MfS bei diesen Aktionen etwas die Öffentlichkeit scheute. Verantwortlich für die Verhaftung war die IMV „Marion“. Dies möchte ich belegen. Sie hatte uns am Abend zuvor als Freundin aufgesucht. Ich möchte zwei kurze Abschnitte aus ihrem Spitzelbericht vorlesen, verfaßt als Tonbandprotokoll: „Die Adressen, die Frau Simon herausgefunden hat, befinden sich in einem grünen Notizbuch, in kleinem Format etwa 1/2 A5. Dieses kleine Notizbuch wird entweder in der Küche aufbewahrt, da wo die Gewürze stehen oder im Vorraum der Küche in einem Hängeschränkchen. Ab und an hat es Frau Simon auch in der Handtasche. Heute, am 16.06.1978 gegen 7.00 Uhr muß sie ins Krankenhaus Friedrichshain, Station 9, Gynäkologie. Sie hat ein Geschwür an der Gebärmutter, das auch bösartig sein könnte und deshalb wird ein Krebstest unternommen, der sehr dringlich zu sein scheint. Außerdem besteht eine Schwangerschaft“. 6.50 Uhr standen dann diese sechs vor unserem Haus. Die Sache ging noch etwas weiter, ich möchte nur diesen Satz noch vorlesen: „Frau Simon erzählte mir, als ich am 15.06.1978 zu ihr kam, daß der Pfarrer Eppelmann bereit sei, sich einzusetzen und sehr gute Verbindungen zu Attachés und ähnlichen Leuten habe und diese alle einsetzen wolle“. Als meine Frau mittags zur Hausdurchsuchung zurücktransportiert wurde, fand sie Frau Wiens in unserem Hause vor, in das sie durchs Fenster eingedrungen war. Sie hatte sich inzwischen offensichtlich dieses grüne Notizbuch herausgesucht

und daraus Herrn Eppelmans Adresse und Telefonnummer. Sie meldete sich dann bei Herrn Eppelmann. Das war am gleichen Tag mittags. Ich möchte noch einen Abschnitt aus einem zweiten Protokoll, drei Tage später, vom 19.06.1978 vorlesen. Frau Wiens besuchte dann meine Frau im Krankenhaus. „Sonntag, den 17.06.1978, begaben wir uns gegen 16.00 Uhr in das Gebäude des Krankenhauses-Friedrichshain. Frau Simon ist dort untergebracht auf Station soundso, Nr. soundso. Es handelt sich um ein Einzelzimmer. Beim Betreten dieses Raumes stellten wir sofort verwundert fest, daß es sich um ein Einzelzimmer handelte. Frau Simon befand sich beim Schreiben eines Schriftstückes. Dieses Schriftstück packte sie sofort weg als wir kamen, und wir packten erst einmal die mitgebrachten Sachen aus wie Tomatensaft, Äpfel, Bücher usw. Sie hatte mich gebeten, ihr ein paar Bücher mit ins Krankenhaus zu bringen“.

Ich möchte jetzt etwas zu den Gegenmaßnahmen sagen, die wir ergriffen. Glücklicherweise war es Frau Wiens nicht gelungen, unserer Tochter habhaft zu werden. Auf Herrn Eppelmans Rat bin ich dann am nächsten Abend zu ihr gegangen und habe ihr diese Zeugenaussage über die versuchte Entführung unserer Tochter abgepreßt. Hier ist die Abschrift der Zeugenaussage, die sie zwei Tage später zur Stasi brachte. Ich hatte ihr das Original und den Durchschlag weggenommen, sie hat das dann vom Kohlepapier fleißig nochmal rekonstruiert. Wir sind dann am Tag darauf, Herr Eppelmann und ich, zusammen zur Schule unserer Tochter gegangen und haben vor der Direktorin und der Klassenleiterin erklärt, daß man versucht hatte, unsere Tochter zu entführen und daß Herr Eppelmann zeitweise als Notvormund unserer Tochter fungiert, falls wir noch einmal nicht greifbar sein sollten. Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassen: Frau Wiens trug durch ihre Berichte, das kann ich jetzt nicht so ausführen, entscheidend zur Inhaftierung von Dr. K. bei und zwar in voller Kenntnis seines kritischen Gesundheitszustandes, und nahm dabei schwerste körperliche Schäden oder auch seinen Tod zumindest billigend in Kauf. Sie gab, in Kenntnis des Gesundheitszustandes meiner Frau, dem MfS am frühen Morgen des 16.06.1978 die entscheidende Information für einen rechtzeitigen Zugriff. Dabei nahm sie auch einen schweren körperlichen und seelischen Schaden meiner Ehefrau und den Tod eines ungeborenen Kindes in Kauf. Sie versuchte, unsere Tochter von Herrn Eppelmann zu entführen. Im Kontrast dazu möchte ich aus einem Artikel der „Zeit“, vom 03.07.1992, vorlesen. „Wenn Herr Kohl jetzt sagt, daß die DDR als DDR nur möglich war, weil das Volk das mitgemacht hat (und den unerträglichen Vergleich zum Dritten Reich zieht), dann gilt das für die Bundesrepublik auch, und die ist für mich mit ihrer Kapitaldemokratie nicht das kleinere Übel, sondern das andere“, schreibt Maja Michaela Wiens. Am 13. November, möchte ich noch nachtragen, wurde in Potsdam ein Film aufgeführt, ein Spielfilm der DEFA, Titel „Versteckte Fallen“. Die Aufführung erfolgte anlässlich

eines Pädagogenkongresses. Das Motto war „Nachdenken über Kinder“. Der Film handelte von der seelischen Befindlichkeit von Heimkindern. Die Drehbuchautorin ist Frau Wiens. Uns war dies zur Kenntnis gelangt, und wir haben protestiert gegen den öffentlichen Auftritt von Frau Wiens bei der anschließenden Besprechung. Ich hätte lieber gesehen, mich dort mit ihr persönlich auseinanderzusetzen, aber Herr Dr. K. war da anderer Meinung. Sie wurde von dieser Besprechung ausgeladen. Ich möchte nur noch bemerken, daß auf diese Ausladung hin zunächst eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Ausladenden Herrn Wolf erfolgte, die aber dann nach Einsichtnahme der Akten sehr bald zurückgezogen wurde. Danke.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Meine Damen und Herren, ich wollte eigentlich eine Frage stellen. Aber ich will Ihnen nicht verhehlen, daß mir die letzte Runde ein wenig zu schaffen gemacht hat. Wie sagt man so schön, das geht einem an die Nieren. Frau Eigenfeld hat sich ja vorhin in dieser Hinsicht sehr deutlich geäußert, daß sie diese Sitzung hier mit einer gewissen offensichtlich inneren Erregung verfolgt hat. Ich habe diese Zeitzeugen oder Zeugen von hier aus beobachtet. Ich meine, das auch bei Herrn Simon festgestellt zu haben, daß er die ganze Zeit über sehr erregt gewesen ist, und es geht mir im Moment ein bißchen wie nach einem guten Konzert. Ich hoffe, der Vergleich ist nicht zu falsch. Wo ich immer ein bißchen Schwierigkeiten habe, daß der Beifall zu schnell kommt, weil eigentlich in mir in einer solchen Situation die Musik noch etwas nachhallt und man eigentlich Zeit haben möchte, das noch etwas zu bewahren. Ich will jetzt diesen Konzertvergleich nicht zu sehr strapazieren. Es ist heute schon die Frage gestellt worden nach dem Ende der Stasi. Ich möchte das nach der jetzigen Runde eigentlich doch noch einmal thematisieren. Herr Schilling hat darüber gesprochen, auch Herr Pfitzenreuter, daß sie bei ihren Befragungen von IM's immer wieder auf die bestimmte Frage, warum diese Leute das gemacht haben, auch bestimmte Antworten bekommen haben. Regelrecht normierte Antworten, wenn ich das richtig verstanden habe. Und von daher stellt sich mir die Frage, ob sie möglicherweise Erfahrungen oder bei ihren Gesprächen Hinweise dafür gefunden haben, ob es denn regelrechte Sprachregelungen gegeben hat. Oder anders gefragt, wir haben ja nun erfahren, daß die Staatssicherheit doch eigentlich für ziemlich alle Fälle vorgesorgt hatte. Wie hat sie eigentlich für ihr Ende vorgesorgt? Gab es für dieses Ende Verhaltensregeln? Ich frage auch deswegen, weil bei Herrn Pfitzenreuter und auch bei Frau Eigenfeld der Hinweis über das Funktionieren des MfS noch Wochen nach dem Mauerfall kam. Gibt es in dieser Hinsicht Erkenntnisse aus Ihren Gesprächen, Herr Schilling, Herr Pfitzenreuter, die Sie mit diesen Dingen zu tun hatten?

Abg. Meckel (SPD): Ich möchte mich auch sehr bedanken für diese Anhörung und bei denen, die hier zu Wort gekommen sind. Ich möchte zwei Bemerkungen machen und Fragen stellen. Erste Bemerkung: Ich denke,